

Hausmann
Internationales und Europäisches Familienrecht

Beck'sche Kurz-Kommentare

Internationales und Europäisches Familienrecht

EU-Verordnungen
(Brüssel IIb-VO, EuGüVO, EuPartVO, EuSchutzMVO,
EuUntVO, Rom III-VO)

und Staatsverträge
(ErwSÜ, EuSorgeRÜ, HAdoptÜ, HKÜ, HKUntÜ,
HKUntVÜ, HUntÜ, HUntVÜ, HUP, HUÜ 2007, KSÜ,
LugÜ 2007, MSA, UNUntGÜ)

mit
AdÜbAG, AdVermiG, AdWirkG, AUG,
EGBGB, ErwSÜAG, EuGewSchVG, FamFG,
IntFamRVG, IntGüRVG, ZPO

Von

Prof. Dr. Rainer Hausmann

em. o. Professor an der Universität Konstanz
Rechtsanwalt in München

3., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2024



Zitervorschlag:
Hausmann, IntEuFamR, [Gliederungsbuchstabe] ... Rn. ...

beck.de

ISBN 978 3 406 79247 2

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
(Adresse wie Verlag)
Umschlaggestaltung: Fotosatz Amann, Memmingen
Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 3. Auflage

I.

Im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union auf derzeit 27 Mitgliedstaaten hat die Mobilität der Menschen in diesem Rechtsraum aus beruflichen wie persönlichen Gründen erheblich zugenommen. Parallel dazu ist die Bedeutung des internationalen Privat- und Verfahrensrechts in Familiensachen vor deutschen Gerichten seit der Jahrtausendwende stark gestiegen. Dieser Entwicklung hat vor allem der europäische Gesetzgeber durch die Verabschiedung zahlreicher neuer Verordnungen auf diesem Rechtsgebiet Rechnung getragen. Ferner hat sich auch die Haager Konferenz an der Modernisierung des internationalen Familienrechts mit der Überarbeitung von Staatsverträgen zum internationalen Unterhalts- und Kindschaftsrecht beteiligt. Der deutsche Gesetzgeber hat das autonome Verfahrens- und Kollisionsrechts der Ehescheidung und der Scheidungsfolgen in erheblichem Umfang an die heute im Vordergrund stehenden europäischen und staatsvertraglichen Rechtsinstrumente angepasst.

1. Der **Europäische Gesetzgeber** hat von seinen erweiterten Kompetenzen zur Regelung des internationalen Privat- und Verfahrensrechts der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Familienrechts bisher durch den Erlass der folgenden derzeit geltenden Verordnungen Gebrauch gemacht:

- Verordnung (EG) Nr 4/2009 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen v 18.12.2008 (**Unterhaltsverordnung – EuUntVO**), in Geltung seit 18.6.2011
- Verordnung (EU) Nr 1259/2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts v 20.12.2010 (**Ehescheidungsverordnung – Rom III-VO**), in Geltung seit 21.6.2012
- Verordnung (EU) Nr 606/2013 über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen v 12.6.2013 (**Schutzmaßnahmenverordnung – EuSchutzMVO**), in Geltung seit 15.1.2015
- Verordnung (EU) 2016/1103 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands v 24.6.2016 (**Güterrechtsverordnung – EuGüVO**), in Geltung seit 29.1.2019
- Verordnung (EU) 2016/1104 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften v 24.6.2016 (**Partnerschaftsverordnung – EuPartVO**), in Geltung seit 29.1.2019.
- Verordnung (EU) 2019/1111 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen v 25.6.2019 (**Eheverordnung – Brüssel IIb-VO**), in Geltung seit 1.8.2022.

2. Die **Haager Konferenz** hat ergänzend bzw. parallel hierzu in den letzten 30 Jahren vor allem folgende Übereinkommen verabschiedet, die derzeit für die Bundesrepublik Deutschland gelten:

- Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption v 29.5.1993 (**Haager Adoptionsübereinkommen – HAdoptÜ**), in Kraft seit 1.3.2002
- Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern v 19.10.1996 (**Haager Kinderschutzübereinkommen – KSÜ**), in Kraft seit 1.1.2011
- Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen v 13.1.2000 (**Haager Erwachsenenschutzübereinkommen – ErwSÜ**), in Kraft seit 1.1.2009
- Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht v. 23.11.2007 (**Haager Unterhaltsprotokoll – HUP**), in Kraft seit 18.6.2011
- Haager Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen v 23.11.2007 (**Haager Unterhaltsdurchsetzungsübereinkommen – HUÜ 2007**), in Kraft für die EU seit 1.8.2014.

Vorwort

Im Zusammenhang mit der Brüssel IIb-VO hat ferner das schon seit 1990 geltende Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung v 25.10.1980 (**Haager Kindesentführungsübereinkommen – HKÜ**) im Verhältnis der Mitgliedstaaten zueinander noch größere praktische Bedeutung erlangt.

3. Zur Ausführung der genannten EU-Verordnungen und Staatsverträge hat der **deutsche Gesetzgeber** zahlreiche Gesetze verabschiedet:

- Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts idF der Bekanntmachung v 15.1.2024 (**Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz – IntFamRVG**), in Kraft seit 1.3.2005, letzte Änd. mWv 1.5.2022
- Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten v 23.5.2011 (**Auslandsunterhaltsgesetz – AUG**), in Kraft seit 18.6.2011
- Gesetz zur Anpassung der Vorschriften des deutschen internationalen Privatrechts an die Verordnung (EU) Nr 1259/2010 und zur Änderung anderer Vorschriften des internationalen Privatrechts v 23.1.2013 (**Rom III-VO-Anpassungsgesetz**), in Kraft seit 29.1.2013
- Gesetz zum Europäischen Gewaltschutzverfahren v 5.12.2014 (**EU-Gewaltschutzverfahrensgesetz – EuGewSchVG**), in Kraft seit 11.1.2015
- Gesetz zu Ausführung des Haager Adoptionsübereinkommens v 29.5.2001 (**Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz – AdÜbAG**), in Kraft seit 1.1.2002
- Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens v 13.1.2000 über den internationalen Schutz Erwachsener v 17.3.2007 (**Erwachsenenschutzübereinkommens-Ausführungsgesetz – ErwSÜAG**), in Kraft seit 1.1.2009
- Gesetz zur Ausführung der EU-Güterrechtsverordnungen v 17.12.2018 (**Internationales Güterrechtsverfahrensgesetz – IntGürRVG**), in Kraft seit 29.1.2019.

Ferner wurde das autonome internationale Verfahrensrecht der Ehescheidung und der Scheidungsfolgen bereits im Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit v 17.12.2008 (**Familienrechtsverfahrensgesetz – FamFG**), in Kraft seit 1.9.2009, völlig neu geregelt.

II.

1. Vor diesem Hintergrund war es an der Zeit, die Vielzahl der geltenden Rechtsinstrumente zum internationalen Familienrecht in einer Weise zu bündeln, die dem Familienrichter oder Rechtsanwalt in einer Familiensache mit Auslandsberührung den Weg durch den immer dichter werdenden Dschungel von EU-Verordnungen, Staatsverträgen und autonomen deutschen Kollisionsnormen und Verfahrensvorschriften weist. Hierzu fehlte es bisher an einer **kompakten Kommentierung aller für die Bearbeitung einer internationalen Familiensache maßgeblichen Rechtsquellen** in einem Band. Diese Lücke soll durch den vorliegenden Kurzkomentar geschlossen werden.

2. Die **Praxisnähe** der Kommentierung wird insbesondere durch deren Aufbau gewährleistet. Denn die einzelnen EU-Verordnungen, Staatsverträge und Gesetze werden nicht – wie bisher weithin üblich – jeweils insgesamt abgehandelt. Die Kommentierung setzt vielmehr an der jeweiligen **prozessualen Situation** an, in der sich für den Praktiker Fragen des internationalen Privat- und Verfahrensrechts stellen. Dies hat zur Folge, dass die Kommentierung zunächst in zwei Hauptteile zerfällt, von denen sich der erste mit dem **Erkenntnisverfahren**, der zweite mit der **Anerkennung und Vollstreckung** ausländischer Entscheidungen befasst. Ergänzend wird in einem dritten Hauptteil die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** zwischen den Behörden behandelt, die insbesondere auf den Gebieten der internationalen Kindesentführung, der Unterhaltsdurchsetzung und der Adoption eine immer wichtigere Rolle spielt. Abgerundet wird der Kommentar durch einen **Textanhang**, der die Erwägungsgründe zu den kommentierten EU-Verordnungen enthält.

Abweichend vom Aufbau der behandelten Verordnungen, Staatsverträge und Gesetze, die sich häufig entweder auf verfahrensrechtliche oder auf kollisionsrechtliche Aspekte beschränken, werden auch in den drei Hauptteilen die für jede Familiensache einschlägigen Rechtsquellen **in sich geschlossen** dargestellt. Im Interesse der Übersichtlichkeit der jeweiligen Kommentierung wird dabei in Kauf genommen, dass manche Vorschriften in unterschiedlichem Kontext mehrfach behandelt werden. Ferner wird im ersten Teil (Erkenntnisverfahren) für die in den Abschnitten A-J behandelten Familiensachen jeweils strikt zwischen Fragen der **internationalen Zuständigkeit** (Unterabschnitt I) und Fragen des **anwendbaren Rechts** (Unterabschnitt II) getrennt.

Jedem Abschnitt ist eine **Einführung** vorangestellt, in der ein Überblick über die einschlägigen Rechtsquellen des EU-Rechts, des staatsvertraglichen und des nationalen Rechts sowie über das Verhältnis dieser Rechtsinstrumente zueinander gegeben wird. Wo nötig, wird diese Darstellung durch **Prüfungsschemata** ergänzt, in denen aufgezeigt wird, in welcher Reihenfolge mehrere einschlägige Rechtsinstrumente zu prüfen sind (vgl zB → C Rn 13 ff, F Rn 8 ff, → M Rn 16 ff oder → N Rn 11 ff). Ferner wird die Kommentierung zu jedem einzelnen Rechtsinstrument mit ausführlichen **Vorbemerkungen** eingeleitet, in denen der sachliche, räumliche und zeitliche Anwendungsbereich der Verordnung bzw des Staatsvertrags beschrieben und das Verhältnis zu konkurrierenden Instrumenten erläutert wird. Soweit zweckmäßig, werden auch der Kommentierung einzelner Verordnungen oder Staatsverträge Prüfungsschemata vorangestellt (vgl zB zum IPR des Ehegatten- und Kindesunterhalts nach dem Haager Unterhaltsprotokoll → C Rn 481 ff; zur internationalen Kindesentführung nach dem HKÜ → U Rn 102 ff).

III.

1. Eine weitere Besonderheit des Werks besteht darin, dass im Rahmen der Kommentierung laufend auf **Parallelen und Unterschiede** zwischen den einzelnen Verordnungen (zB zwischen der Brüssel IIB-VO, der EuUntVO und der EuGüVO) sowie zwischen konkurrierenden Verordnungen und Staatsverträgen (zB zwischen der Brüssel IIB-VO und dem KSÜ) hingewiesen wird. Diese zahlreichen **Querverweisungen** werden dadurch erleichtert, dass die Randnummern nicht für jeden Artikel oder jedes Rechtsinstrument neu beginnen, sondern innerhalb jedes Hauptabschnitts durchlaufen, so dass der Verweisung allein anhand der Angaben im Spaltenkopf nachgegangen werden kann. Ferner sind auch die kommentierten EU-Verordnungen und Staatsverträge einerseits und die deutschen **Ausführungsgesetze** andererseits – namentlich auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen im zweiten Teil – durch ausführliche Querverweisungen eng miteinander verzahnt. Die deutschen Ausführungsgesetze – wie zB das IntFamRVG, das IntGüRVG und das AUG – werden im Übrigen nicht nur im Wortlaut abgedruckt, sondern ganz überwiegend auch kommentiert.

2. In der Darstellung wird – den Vorgaben in der Reihe der Kurzkommentare entsprechend – auf eine gut strukturierte und auf das Wesentliche beschränkte Kommentierung besonderer Wert gelegt. Bei den Nachweisen, die in den Text integriert (und nicht in Fußnoten ausgegliedert) sind, steht die **Rechtsprechung** im Vordergrund. Insbesondere die einschlägigen Entscheidungen des EuGH zum sekundären EU-Recht sind vollständig ausgewertet. Neben der neueren deutschen Rechtsprechung wird auch die Gerichtspraxis anderer Mitgliedstaaten zu den kommentierten EU-Verordnungen und Staatsverträgen berücksichtigt. Demgegenüber sind **Literaturhinweise** im Text vor allem auf Stellungnahmen zu Fragen beschränkt, die in der Rechtsprechung noch nicht entschieden worden sind. Jedoch ist jedem Abschnitt und jedem Rechtsinstrument eine knappe Übersicht über neuere in- und ausländische Spezialliteratur zur Vertiefung vorangestellt.

IV.

Die 3. Auflage berücksichtigt wichtige Rechtsänderungen sowohl im europäischen wie im deutschen internationalen Privat- und Verfahrensrecht:

1. Im **europäischen Recht** steht im Vordergrund die Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 (Brüssel IIA-VO) durch die ausführlich kommentierte Verordnung (EU) 2019/1111 (Brüssel IIB-VO), die mit Wirkung vom 1.8.2022 das internationale Verfahrensrecht in Ehesachen, auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und bei Kindesentführungen neu geregelt hat. Die Neuregelung hatte auch tiefgreifende Änderungen des internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes (IntFamRVG) zur Folge, die ebenso berücksichtigt sind wie das zum 29.1.2019 in Kraft getretene Internationale Güterrechtsverfahrensgesetz (IntGüRVG) zur Ausführung der europäischen Güterrechtsverordnungen vom 24.6.2016. Bereits verarbeitet sind auch die Neufassungen der VO (EU) 2020/1784 über die Zustellung gerichtlicher und außegerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten und der VO (EU) 2020/1783 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen, die seit dem 1.7.2022 gelten.

2. Im **deutschen autonomen IPR** werden die weitreichenden Änderungen des EGBGB auf den Gebieten der allgemeinen Ehwirkungen, des Ehegüterrechts, der Privatscheidung, der Scheidungsfolgen und der gleichgeschlechtlichen Ehe durch die Gesetze vom 17. und 18.12.2018 erstmals kommentiert. Gleiches gilt für die Neufassung des Art 22 Abs 1 EGBGB zur Anknüpfung internationaler Adoptionen mit Wirkung vom 31.3.2020; auch die daraus folgenden Änderungen im Adoptionswirkungsgesetz (AdWirkG), im Adoptionsübereinkom-

Vorwort

mens-Ausführungsgesetz (AdÜbAG) und im völlig neu gefassten Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG) sind bereits berücksichtigt. Schließlich ist auch die zum 1.1.2023 in Kraft getretene Reform des IPR auf den Gebieten der Geschäftsfähigkeit (Art 7 Abs 2 EGBGB) sowie der Betreuung, Vormundschaft und Pflegschaft (Art. 24 EGBGB) bereits eingearbeitet. Verarbeitet ist ferner die Bekanntmachung der Neufassung des IntFamRVG vom 15.1.2024 (BGBl. I Nr 19), die alle früheren Änderungen inkorporiert.

3. Umfassend ausgewertet wurde die seit Herbst 2018 ergangene Rechtsprechung, insbesondere des Europäischen Gerichtshofs, sowie die in- und ausländische Literatur. Die Neuauflage enthält die vollständige bzw auszugsweise Kommentierung von insgesamt 6 EU-Verordnungen, 16 multilateralen und 5 bilateralen Staatsverträgen sowie von 11 deutschen Gesetzen auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts (vgl das Register II). Einbezogen sind ferner das internationale Privat- und Verfahrensrecht der **gleichgeschlechtlichen Ehe** und der **eingetragenen Lebenspartnerschaft**.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum sind bis zum **1. September 2023** eingearbeitet. Anregungen und Vorschläge der Benutzer zur Verbesserung des Kommentars sind jederzeit willkommen.

München, im Januar 2024

Rainer Hausmann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Schnellübersicht	XXXI
Benutzerhinweise	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLIX

1. Teil. Internationale Familiensachen im Erkenntnisverfahren

A. Ehesachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	1
2. EU-Recht	3
10. <i>Verordnung (EU) Nr 2019/1111 des Rates über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Brüssel IIb-VO)</i>	3
Vorbemerkung	4
Kapitel I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	7
Kapitel II. Zuständigkeit	14
Kapitel III. Internationale Kindesentführung	55
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	56
Kapitel V. Zusammenarbeit bei Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung ...	56
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	56
Kapitel VII. Delegierte Rechtsakte	56
Kapitel VIII. Verhältnis zu anderen Rechtsinstrumenten	56
Kapitel IX. Schlussbestimmungen	58
Anhänge I-X	60
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	61
20. <i>Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts (Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz – IntFamRVG)</i>	61
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	61
30. <i>Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)</i>	61
Buch 1. Allgemeiner Teil	61

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	69
2. EU-Recht	71
40. <i>Verordnung (EU) Nr 1259/2010 des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (Rom III-VO)</i>	71
Vorbemerkung	72
Kapitel I. Anwendungsbereich, Verhältnis zur Verordnung (EG) Nr 2201/2003, Begriffsbestimmungen und universelle Anwendung	75

Inhaltsverzeichnis

Kapitel II. Einheitliche Vorschriften zur Bestimmung des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts	89
Kapitel III. Sonstige Bestimmungen	135
Kapitel IV. Schlussbestimmungen	137
3. Staatsverträge	138
Überblick	138
<i>50. Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien</i>	138
4. Autonomes Kollisionsrecht	140
Überblick	140
<i>60. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)</i>	141
a) Ehescheidung und Ehetrennung	141
b) Eheaufhebung	155

B. Güterrechtssachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	172
2. EU-Recht	173
<i>70. Verordnung (EU) 2016/1103 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands (EuGüVO)</i>	173
Vorbemerkung	174
Kapitel I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	178
Kapitel II. Gerichtliche Zuständigkeit	183
Kapitel III. Anwendbares Recht	232
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	232
Kapitel V. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	232
Kapitel VI. Allgemeine und Schlussbestimmungen	232
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	235
<i>80. Internationales Güterrechtsverfahrensgesetz (IntGüRVG)</i>	235
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; allgemeine Bestimmungen	235
Abschnitt 2. Bürgerliche Streitigkeiten	236
Abschnitt 3. Zulassung der Zwangsvollstreckung aus ausländischen Titeln; Anerkennungsfeststellung	239
Abschnitt 4. Authentizität von Urkunden	239
<i>90. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)</i>	239
Buch 1. Allgemeiner Teil	239
<i>100. Zivilprozessordnung (ZPO)</i>	242

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	243
2. EU-Recht	246
<i>110. Verordnung (EU) 2016/1103 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands (EuGüVO)</i>	246
Vorbemerkung	246
Kapitel I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	248

Inhaltsverzeichnis

Kapitel II. Gerichtliche Zuständigkeit	256
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	256
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	287
Kapitel V. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	287
Kapitel VI. Allgemeine und Schlussbestimmungen	287
3. Staatsverträge	288
120. Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien ..	288
130. Deutsch-französisches Abkommen über den Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft .	291
4. Autonomes Kollisionsrecht	293
Überblick	293
140. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	293
Kapitel II. Internationales Privatrecht	293
150. Gesetz über den ehelichen Güterstand von Vertriebenen und Flüchtlingen (VFGüterstG) .	339
Vorbemerkung	339

III. Anhang: Allgemeine Ehwirkungen

1. Einführung	345
2. Autonomes Kollisionsrecht	348
160. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	348

C. Unterhaltssachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	369
2. EU-Recht	372
170. Verordnung (EG) Nr 4/2009 des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUntVO)	372
Vorbemerkung	372
Kapitel I. Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	376
Kapitel II. Zuständigkeit	385
Kapitel III. Anwendbares Recht	439
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	439
Kapitel V. Zugang zum Recht	439
Kapitel VI. Gerichtliche Vergleiche und öffentliche Urkunden	439
Kapitel VII. Zusammenarbeit der Zentralen Behörden	439
Kapitel VIII. Öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen	439
Kapitel IX. Allgemeine Bestimmungen und Schlussbestimmungen	439
3. Staatsverträge	446
Überblick	446
180. Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (LugÜ)	446
Vorbemerkung	446
Titel I. Anwendungsbereich	449
Titel II. Zuständigkeit	449
Titel III. Anerkennung und Vollstreckung	461
Titel IV. Öffentliche Urkunden und Prozessvergleiche	461
Titel V. Allgemeine Vorschriften	461

Inhaltsverzeichnis

LugÜ Art 60. [Sitz von Gesellschaften und juristischen Personen]	462
Titel VI. Übergangsvorschriften	463
Titel VII. Verhältnis zu der Verordnung (EG) Nr 44/2001 des Rates und zu anderen Rechtsinstrumenten	464
Titel VIII. Schlussvorschriften	465
<i>190. Haager Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen (HUÜ 2007)</i>	468
Vorbemerkung	468
Kapitel IV. Einschränkungen bei der Verfahrenseinleitung	469
4. Autonomes Zivilverfahrensrecht	469
Überblick	469
<i>200. Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten (Auslandsunterhaltsgesetz – AUG)</i>	469
Kapitel 1. Allgemeiner Teil	470
Kapitel 2. Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen	477
Kapitel 3. Vollstreckung, Vollstreckungsabwehrantrag, besonderes Verfahren, Schadensersatz	477
Kapitel 4. Entscheidungen deutscher Gerichte; Mahnverfahren	477
Kapitel 5. Kosten; Übergangsvorschriften	481
<i>210. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtbarkeit (FamFG)</i>	482
Vorbemerkung	482
Buch 1. Allgemeiner Teil	482
II. Internationales Privatrecht	
1. Einführung	485
2. EU-Recht	488
<i>220. Verordnung (EG) Nr 4/2009 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUntVO)</i>	488
Vorbemerkung	488
Kapitel III. Anwendbares Recht	488
3. Staatsverträge	488
Überblick	488
<i>230. Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (HUP)</i>	489
Vorbemerkung	489
Vorbemerkungen zu Art 7 und 8	518
<i>240. Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (HUntÜ)</i> .	555
Vorbemerkung	555
Kapitel I. Anwendungsbereich	555
Kapitel II. Anzuwendendes Recht	555
Kapitel III. Verschiedene Bestimmungen	557
Kapitel IV. Schlussbestimmungen	558
<i>250. Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht (HKUntÜ)</i>	560
Vorbemerkung	560
<i>260. Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien</i> ...	563
4. Autonomes Kollisionsrecht	565
<i>270. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)</i>	565

III. Zugang zum Recht

1. Einführung	566
2. EU-Recht	567
280. <i>Verordnung (EG) Nr 4/2009 des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUntVO)</i>	567
Kapitel V. Zugang zum Recht	567
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	571
290. <i>Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten (Auslandsunterhaltsgesetz – AUG)</i>	571
Vorbemerkung	571
Kapitel I. Allgemeiner Teil	572

D. Versorgungsausgleichssachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	575
2. Autonomes Zivilverfahrensrecht	576
300. <i>Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)</i>	576
Buch 1. Allgemeiner Teil	576

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	580
2. Autonomes Kollisionsrecht	582
300. <i>Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)</i>	582

E. Ehewohnungs-, Haushalts- und Gewaltschutzsachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	599
2. Autonomes Zivilverfahrensrecht	602
320. <i>Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)</i>	602
Buch 1. Allgemeiner Teil	602

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	605
2. Autonomes Kollisionsrecht	607
330. <i>Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)</i>	607

F. Kindschaftssachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	614
----------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

2. EU-Recht	616
340. <i>Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Brüssel IIb-VO)</i>	616
Vorbemerkung	617
Kapitel I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	621
Kapitel II. Zuständigkeit	635
Kapitel III. Internationale Kindesentführung	701
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	718
Kapitel V. Zusammenarbeit bei Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung ...	718
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	718
Kapitel VII. Delegierte Rechtsakte ⁹	718
Kapitel VIII. Verhältnis zu anderen Rechtsinstrumenten	718
Kapitel IX. Schlussbestimmungen	724
3. Staatsverträge	726
Überblick	726
350. <i>Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (KSÜ)</i>	726
Vorbemerkung	727
Kapitel I. Anwendungsbereich	730
Kapitel II. Zuständigkeit	736
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	761
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	761
Kapitel V. Zusammenarbeit	761
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	761
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	767
360. <i>Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes vom Minderjährigen (MSA)</i>	768
Vorbemerkung	769
a) Zuständigkeit	770
b) Anwendungsbereich	772
c) Allgemeine Bestimmungen	772
d) Übergangsrecht	772
e) Schlussvorschriften	773
4. Autonomes Zivilverfahrensrecht	775
370. <i>Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts (Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz – IntFamRVG)</i>	775
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	775
Abschnitt 2. Gerichtliche Zuständigkeit und Zuständigkeitskonzentration	775
380. <i>Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)</i>	777
Buch 1. Allgemeiner Teil	777

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	785
2. Staatsverträge	786
390. <i>Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (KSÜ)</i>	786
Vorbemerkung	787

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I. Anwendungsbereich	791
Kapitel II. Zuständigkeit	791
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	791
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	808
Kapitel V. Zusammenarbeit	808
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	809
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	811
400. Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (MSA)	811
Vorbemerkung	811
Textauszug	812
410. Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien ..	813
3. Autonomes Kollisionsrecht	815
Überblick	815
420. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	815

G. Abstammungssachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	821
2. Autonomes Zivilverfahrensrecht	822
430. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	822
Buch 1. Allgemeiner Teil	822

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	827
2. Staatsverträge	828
440. Römisches CIEC-Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden können	828
Vorbemerkung	828
450. Brüsseler CIEC-Übereinkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder	829
Vorbemerkung	829
460. Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien ..	831
3. Autonomes Kollisionsrecht	832
470. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	832
a) Abstammung	832

H. Adoptionssachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	853
2. Autonomes Zivilverfahrensrecht	854

Inhaltsverzeichnis

480. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	854
Buch 1. Allgemeiner Teil	854

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	857
2. Autonomes Kollisionsrecht	858
490. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	858
Anhang	870

I. Lebenspartnerschaftssachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	875
2. EU-Recht	877
500. Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften (EuPartVO)	877
Vorbemerkung	878
Kapitel I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	880
Kapitel II. Gerichtliche Zuständigkeit	884
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	895
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	895
Kapitel V. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	895
Kapitel VI. Allgemeine und Schlussbestimmungen	895
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	897
510. Internationales Güterrechtsverfahrensgesetz (IntGüRVG)	897
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; allgemeine Bestimmungen	897
Abschnitt 2. Bürgerliche Streitigkeiten	898
Abschnitt 3. Zulassung der Zwangsvollstreckung ausländischer Titel, Anerkennungsfeststellung	899
Abschnitt 4. Authentizität von Urkunden	899
520. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	899
Buch 2. Verfahren in Familiensachen	899

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	906
2. EU-Recht	908
530. Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften (EuPartVO)	908
Vorbemerkung	908
Kapitel I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	910
Kapitel II. Gerichtliche Zuständigkeit	915
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	915
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	924

Inhaltsverzeichnis

Kapitel V. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	925
Kapitel VI. Allgemeine und Schlussbestimmungen	925
3. Autonomes Kollisionsrecht	925
540. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	925
Anhang I Gleichgeschlechtliche Ehe	940
Anhang II Faktische Lebensgemeinschaften	947

J. Betreuungssachen

I. Internationale Zuständigkeit

1. Einführung	951
2. Staatsverträge	952
550. Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen (ErwSÜ)	952
Vorbemerkung	952
Kapitel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	954
Kapitel II. Zuständigkeit	962
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	981
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	981
Kapitel V. Zusammenarbeit	982
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	982
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	984
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	986
560. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbearbeitung (FamFG)	986
Buch 1 Allgemeiner Teil	986

II. Internationales Privatrecht

1. Einführung	989
2. Staatsverträge	990
570. Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen (ErwSÜ)	990
Vorbemerkung	990
Kapitel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	991
Kapitel II. Zuständigkeit	991
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	992
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	1008
Kapitel V. Zusammenarbeit	1008
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1008
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	1013
3. Autonomes Kollisionsrecht	1013
580. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB)	1013

Inhaltsverzeichnis

2. Teil. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen

K. Ehesachen

I. Einführung

II. EU-Recht

590. Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Brüssel IIb-VO)	1019
Vorbemerkung	1019
Kapitel I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	1021
Kapitel II. Zuständigkeit	1032
Kapitel III. Internationale Kindesentführung	1032
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	1033
Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen über die Anerkennung und die Vollstreckung	1033
Abschnitt 2. Anerkennung und Vollstreckung bestimmter privilegierter Entscheidungen	1055
Abschnitt 3. Gemeinsame Bestimmungen zur Vollstreckung	1056
Abschnitt 4. Öffentliche Urkunden und Vereinbarungen	1056
Abschnitt 5. Sonstige Bestimmungen	1066
Kapitel V. Zusammenarbeit bei Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung ...	1071
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1071
Kapitel VII. Delegierte Rechtsakte	1071
Kapitel VIII. Verhältnis zu anderen Rechtsinstrumenten	1071
Kapitel IX. Schlussbestimmungen	1076
Anhänge I-IX	1078

III. Staatsverträge

Überblick	1078
600. Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedsgerichte	1079
Vorbemerkung	1079
610. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Rechtsschutz und Rechtshilfe, die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit .	1081
Vorbemerkung	1081

IV. Autonomes Zivilverfahrensrecht

620. Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts (Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz – IntFamRVG)	1084
Vorbemerkung	1084
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	1084
Abschnitt 2. Zentrale und nationale Behörde; Jugendamt	1085
Abschnitt 3. Gerichtliche Zuständigkeit und Zuständigkeitskonzentration	1085
Abschnitt 4. Allgemeine gerichtliche Verfahrensvorschriften	1086
Abschnitt 5. Zulassung der Zwangsvollstreckung, Anerkennungsfeststellung und Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses im Anwendungsbereich des Haager Kinderschutzübereinkommens und des europäischen Sorgerechtsübereinkommens	1087
Abschnitt 6. Verfahren nach dem Haager Kindesentführungsübereinkommen	1087
Abschnitt 7. Vollstreckung	1087

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 8. Grenzüberschreitende Unterbringung	1087
Abschnitt 9. Bescheinigungen zu inländischen Entscheidungen nach nach Kapitel IV der Verordnung (EU) 2019/1111	1087
Abschnitt 10. Verfahren nach dem Europäischen Adoptionsübereinkommen	1088
Abschnitt 11. Kosten	1088
Abschnitt 12. Übergangsvorschriften	1089
<i>630. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)</i>	<i>1089</i>
Buch 1. Allgemeiner Teil	1089
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	1089

L. Ehegüterrechtssachen

I. Einführung

1. EU-Recht	1117
2. Staatsverträge	1118
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	1119

II. EU-Recht

<i>640. Verordnung (EU) 2016/1103 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands (EuGüVO)</i>	<i>1120</i>
Vorbemerkung	1120
Kapitel I. Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	1122
Kapitel II. Gerichtliche Zuständigkeit	1125
Kapitel III. Anwendbares Recht	1125
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	1125
Kapitel V. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	1149
Kapitel VI. Allgemeine und Schlussbestimmungen	1152

III. Autonomes Zivilverfahrensrecht

<i>650. Internationales Güterrechtsverfahrensgesetz (IntGüRVG)</i>	<i>1155</i>
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; allgemeine Bestimmungen	1155
Abschnitt 2. Bürgerliche Streitigkeiten	1156
Abschnitt 3. Zulassung der Zwangsvollstreckung aus ausländischen Titeln; Anerkennungsfeststellung	1156
Vorbemerkung	1156
Unterabschnitt 1.	1157
Unterabschnitt 2.	1162
Unterabschnitt 3.	1166
Unterabschnitt 4.	1169
Unterabschnitt 5.	1169
Unterabschnitt 6.	1172
Abschnitt 4. Authentizität von Urkunden	1175
<i>660. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)</i>	<i>1176</i>
Buch 1. Allgemeiner Teil	1176
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	1176

Inhaltsverzeichnis

M. Unterhaltssachen

I. Einführung

1. EU-Recht	1183
2. Staatsverträge	1184
3. Autonomes deutsches Zivilverfahrensrecht	1185
4. Prüfungsreihenfolge	1185

II. EU-Recht

670. Verordnung (EG) Nr 4/2009 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUntVO)	1187
Vorbemerkung	1188
Kapitel I. Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	1189
Kapitel II. Zuständigkeit	1193
Kapitel III. Anwendbares Recht	1193
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	1193
Abschnitt 1. In einem Mitgliedstaat, der durch das Haager Protokoll von 2007 gebunden ist, ergangene Entscheidungen	1195
Abschnitt 2. In einem Mitgliedstaat, der nicht durch das Haager Protokoll von 2007 gebunden ist, ergangene Entscheidungen	1211
Abschnitt 3. Gemeinsame Bestimmungen	1244
Kapitel V. Zugang zum Recht	1248
Kapitel VI. Gerichtliche Vergleiche und öffentliche Urkunden	1249
Kapitel VII. Zusammenarbeit der Zentralen Behörden	1251
Kapitel VIII. Öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen	1251
Kapitel IX. Allgemeine Bestimmungen und Schlussbestimmungen	1254
Anhänge I-XI	1262

III. Staatsverträge

Überblick	1262
1. Multilaterale Staatsverträge	1262
680. Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelsachen (LugÜ)	1262
Vorbemerkung	1262
Titel I. Anwendungsbereich	1264
Titel II. Zuständigkeit	1264
Titel III. Anerkennung und Vollstreckung	1264
Titel IV. Öffentliche Urkunden und Prozessvergleiche	1274
Titel V. Allgemeine Vorschriften	1276
Titel VI. Übergangsvorschriften	1276
Titel VII. Verhältnis zu der Verordnung (EG) Nr 44/2001 des Rates und zu anderen Rechtsinstrumenten	1277
Titel VIII. Schlussvorschriften	1281
690. Haager Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen (HUÜ 2007)	1281
Vorbemerkung	1281
Kapitel I. Ziel, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	1284
Kapitel II. Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene	1290
Kapitel III. Anträge über die Zentralen Behörden	1290
Kapitel IV. Einschränkungen bei der Verfahrenseinleitung	1290
Kapitel V. Anerkennung und Vollstreckung	1290

Inhaltsverzeichnis

Kapitel VI. Vollstreckung durch den Vollstreckungsstaat	1308
Kapitel VII. Öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen	1310
Kapitel VIII. Allgemeine Bestimmungen	1310
Kapitel IX. Schlussbestimmungen	1321
700. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen (HUntVÜ)	1323
Vorbemerkung	1323
Titel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	1325
710. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern (HKUntVÜ)	1339
Vorbemerkung	1339
a) Anwendungsbereich	1340
b) Anerkennung, Vollstreckbarerklärung und Vollstreckung	1340
c) Allgemeine Bestimmungen	1342
d) Schlussbestimmungen	1342
2. Bilaterale Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge	1343
Überblick	1343
720. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	1343
730. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Rechtsschutz und Rechtshilfe, die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit	1349

IV. Autonomes Zivilverfahrensrecht

740. Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten (Auslandsunterhaltsgesetz – AUG)	1354
Vorbemerkung	1354
Kapitel 1. Allgemeiner Teil	1354
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	1354
Abschnitte 2–4	1358
Abschnitt 5. Verfahrenskostenhilfe	1358
Abschnitt 6. Ergänzende Zuständigkeitsregelungen; Zuständigkeitskonzentration	1358
Kapitel 2. Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen	1358
Abschnitt 1. Verfahren ohne Exequatur nach der Verordnung (EG) Nr 4/2009	1358
Abschnitt 2. Gerichtliche Zuständigkeit für Verfahren zur Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen	1363
Abschnitt 3. Verfahren mit Exequatur nach der Verordnung (EG) Nr 4/2009 und den Abkommen der Europäischen Union	1364
Abschnitt 4. Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltstiteln nach völkerrechtlichen Verträgen	1379
Abschnitt 5. Verfahren bei förmlicher Gegenseitigkeit	1382
Kapitel 3. Vollstreckung, Vollstreckungsabwehrantrag, besonderes Verfahren; Schadensersatz	1383
Abschnitt 1. Vollstreckung, Vollstreckungsabwehrantrag, besonderes Verfahren	1383
Abschnitt 2. Schadensersatz wegen ungerechtfertigter Vollstreckung	1387
Kapitel 4. Entscheidungen deutscher Gerichte; Mahnverfahren	1388
Kapitel 5. Kosten; Übergangsvorschriften	1388
Abschnitt 1. Kosten	1388
Abschnitt 2. Übergangsvorschriften	1388
750. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1389
Buch 1. Allgemeiner Teil	1389
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	1389

Inhaltsverzeichnis

N. Kindschaftssachen

I. Einführung

1. EU-Recht	1404
2. Staatsverträge	1404
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	1405
4. Prüfungsreihenfolge	1406

II. EU-Recht

760. Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen	1407
Vorbemerkung	1407
Kapitel I. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	1409
Kapitel II. Zuständigkeit in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung	1416
Abschnitt 1. Ehescheidung, Trennung ohne Auflösung des Ehebandes und Ungültigkeit einer Ehe	1416
Abschnitt 2. Elterliche Verantwortung	1416
Kapitel III. Internationale Kindesentführung	1416
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	1416
Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen über die Anerkennung und Vollstreckung ...	1416
Abschnitt 2. Anerkennung und Vollstreckung bestimmter privilegierter Entscheidungen	1446
Abschnitt 3. Gemeinsame Bestimmungen zur Vollstreckung	1459
Abschnitt 4. Öffentliche Urkunden und Vereinbarungen	1474
Abschnitt 5. Sonstige Bestimmungen	1484
Kapitel V. Zusammenarbeit bei Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung ...	1490
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1490
Kapitel VII. Delegierte Rechtsakte	1490
Kapitel VIII. Verhältnis zu anderen Rechtsinstrumenten	1491
Kapitel IX. Schlussbestimmungen	1496
Anhänge I-IX	1499

III. Staatsverträge

Überblick	1499
770. Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (KSÜ)	1500
Vorbemerkung	1500
Kapitel I. Anwendungsbereich	1501
Kapitel II. Zuständigkeit	1502
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	1502
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	1502
Kapitel V. Zusammenarbeit	1510
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1510
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	1512
780. Luxemburger Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (EuSorgeRÜ)	1512
Vorbemerkung	1512
Teil I. Zentrale Behörden	1517
Teil II. Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses	1517

Inhaltsverzeichnis

Teil III. Verfahren	1529
Teil IV. Vorbehalte	1531
Teil V. Andere Übereinkünfte	1532
Teil VI. Schlussbestimmungen	1533
790. Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (MSA)	1535
Vorbemerkung	1535

IV. Autonomes Zivilverfahrensrecht

800. Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts (Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz – IntFamRVG)	1536
Vorbemerkung	1536
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	1537
Abschnitt 2. Zentrale und nationale Behörde; Jugendamt	1538
Abschnitt 3. Gerichtliche Zuständigkeit und Zuständigkeitskonzentration	1538
Abschnitt 4. Allgemeine gerichtliche Verfahrensvorschriften	1542
Abschnitt 5. Zulassung der Zwangsvollstreckung, Anerkennungsfeststellung und Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses im Anwendungsbereich des Haager Kinderschutzübereinkommens und des Europäischen Sorgerechtsübereinkommens	1542
Unterabschnitt 1.	1542
Unterabschnitt 2.	1548
Unterabschnitt 3.	1551
Unterabschnitt 4.	1552
Unterabschnitt 5.	1553
Unterabschnitt 6.	1554
Unterabschnitt 7.	1555
Abschnitt 6. Verfahren nach dem Haager Kindesentführungsübereinkommen	1555
Abschnitt 7. Vollstreckung	1556
Unterabschnitt 1.	1556
Unterabschnitt 2.	1558
Abschnitt 8. Grenzüberschreitende Unterbringung	1566
Abschnitt 9. Bescheinigungen zu inländischen Entscheidungen nach Kapitel IV der Verordnung (EU) 2019/1111	1566
Abschnitt 10. Verfahren nach dem Europäischen Adoptionsübereinkommen	1568
Abschnitt 11. Kosten	1568
Abschnitt 12. Übergangsvorschriften	1568
810. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1568
Buch 1. Allgemeiner Teil	1568
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	1568

O. Abstammungssachen

I. Einführung

II. Autonomes Zivilverfahrensrecht

820. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1582
Buch 1. Allgemeiner Teil	1582
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	1582

Inhaltsverzeichnis

P. Adoptionsachen

I. Einführung

II. Staatsverträge

830. Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (HAdoptÜ)	1592
Vorbemerkung	1593
Kapitel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	1596
Kapitel II. Voraussetzungen internationaler Adoptionen	1598
Kapitel III. Zentrale Behörden und zugelassene Organisationen	1598
Kapitel IV. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen der internationalen Adoption	1598
Kapitel V. Anerkennung und Wirkungen der Adoption	1598
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1603
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	1606

III. Autonomes Zivilverfahrensrecht

840. Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz – AdÜbAG)	1607
Vorbemerkung	1607
Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen, Zuständigkeiten und Verfahren	1607
Abschnitt 2. Internationale Adoptionsvermittlung im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten	1607
Abschnitt 3. Bescheinigungen über das Zustandekommen oder die Umwandlung eines Annahmeverhältnisses	1607
Abschnitt 4. Zeitlicher Anwendungsbereich	1608
850. Gesetz über Wirkungen der Annahme als Kind nach ausländischem Recht (Adoptionswirkungsgesetz – AdWirkG)	1608
Vorbemerkung	1608
860. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1620
Buch 1. Allgemeiner Teil	1620
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	1620

Q. Lebenspartnerschaftssachen

I. Einführung

1. EU-Recht	1633
2. Staatsverträge	1634
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	1636

II. EU-Recht

870. Verordnung (EU) Nr 2016/1104 des Rates zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften (EuPartVO)	1636
Vorbemerkung	1636
Kapitel I. Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	1638
Kapitel II. Gerichtliche Zuständigkeit	1639
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	1639
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	1639

Inhaltsverzeichnis

Kapitel V. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	1643
Kapitel VI. Allgemeine und Schlussbestimmungen	1645

III. Autonomes Zivilverfahrensrecht

880. Internationales Güterrechtsverfahrensgesetz (IntGüRVG)	1646
Überblick	1646
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; allgemeine Bestimmungen	1647
Abschnitt 2. Bürgerliche Streitigkeiten	1648
Abschnitt 3. Zulassung der Zwangsvollstreckung aus ausländischen Titeln; Anerkennungsfeststellung	1648
Abschnitt 4. Authentizität von Urkunden	1648
890. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1648
Buch 1. Allgemeiner Teil	1648
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	1648

R. Sonstige Familiensachen

I. Versorgungsausgleichssachen

1. Einführung	1657
2. Autonomes Zivilverfahrensrecht	1659
900. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1659
Buch I. Allgemeiner Teil	1659

II. Ehewohnungs- und Haushaltssachen

1. Einführung	1662
2. Autonomes Zivilverfahrensrecht	1664
910. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1664
Buch I. Allgemeiner Teil	1664

III. Gewaltschutzsachen

1. Einführung	1667
2. EU-Recht	1668
920. Verordnung (EU) Nr 606/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen (EuSchutzMVO)	1668
Vorbemerkung	1668
Kapitel I. Gegenstand, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	1670
Kapitel II. Anerkennung und Vollstreckung von Schutzmaßnahmen	1673
Kapitel III. Allgemeine und Schlussbestimmungen	1685
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	1687
930. Gesetz zum Europäischen Gewaltschutzverfahren (EU-Gewaltschutzverfahrensgesetz – EuGewSchVG)	1687
Abschnitt 1. Allgemeine Verfahrensvorschrift	1687
Abschnitt 2. Anerkennung und Vollstreckung nach der Richtlinie 2011/99/EU	1687
Abschnitt 3. Anerkennung und Vollstreckung nach der Verordnung (EU) Nr. 606/ 2013	1687
Abschnitt. 4. Strafvorschriften	1689

Inhaltsverzeichnis

940. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1689
Buch I. Allgemeiner Teil	1689

S. Betreuungssachen

I. Einführung

II. Staatsverträge

950. Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen (ErwSÜ)	1694
Vorbemerkung	1694
Kapitel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	1695
Kapitel II. Zuständigkeit	1695
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	1695
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	1695
Kapitel V. Zusammenarbeit	1702
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1702
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	1703

III. Autonomes Zivilverfahrensrecht

960. Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 13. Januar 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen (Erwachsenenschutzübereinkommens-Ausführungsgesetz – ErwSÜAG)	1703
Abschnitt 1. Zentrale Behörde	1703
Abschnitt 2. Gerichtliche Zuständigkeit und Zuständigkeitskonzentration	1703
Abschnitt 3. Anerkennungsfeststellung, Vollstreckbarerklärung, Konsultationsverfahren und Bescheinigungen	1706
970. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	1709
Buch 1. Allgemeiner Teil	1709
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	1709

3. Teil. Internationale Zusammenarbeit der Gerichte und Behörden in Familiensachen

T. Unterhaltssachen

I. Einführung

II. EU-Recht

980. Verordnung (EG) Nr 4/2009 des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUntVO)	1713
Vorbemerkung	1713
Kapitel I. Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	1714
Kapitel II. Zuständigkeit	1714
Kapitel III. Anwendbares Recht	1714
Kapitel IV. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen ..	1715
Kapitel V. Zugang zum Recht	1715
Kapitel VI. Gerichtliche Vergleiche und öffentliche Urkunden	1715
Kapitel VII. Zusammenarbeit der Zentralen Behörden	1715
Kapitel VIII. Öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen	1732
Kapitel IX. Allgemeine Bestimmungen und Schlussbestimmungen	1732

III. Staatsverträge

990. Haager Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen (HUÜ 2007)	1733
Vorbemerkung	1733
Kapitel II. Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene	1734
Kapitel III. Anträge über die Zentralen Behörden	1736
1000. New Yorker UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (UN-UntGÜ)	1740
Vorbemerkung	1740

IV. Autonomes Zivilverfahrensrecht

1010. Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten (Auslandsunterhaltsgesetz – AUG)	1744
Vorbemerkung	1744
Kapitel 1. Allgemeiner Teil	1744
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	1744
Abschnitt 2. Zentrale Behörde	1745
Abschnitt 3. Ersuchen um Unterstützung in Unterhaltssachen	1747
Abschnitt 4. Datenerhebung durch die zentrale Behörde	1750

U. Kindschaftssachen

I. Einführung

1. EU-Recht	1753
2. Staatsverträge	1754
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	1754

II. EU-Recht

1020. Verordnung (EU) Nr 2019/1111 des Rates über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Brüssel IIb-VO) ..	1754
Vorbemerkung	1754
Kapitel V. Zusammenarbeit bei Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung ...	1755
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1764

III. Staatsverträge

Überblick	1768
1030. Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (KSÜ)	1768
Vorbemerkung	1768
Kapitel V. Zusammenarbeit	1769
1040. Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKÜ)	1775
Vorbemerkung	1775
Kapitel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	1780
Kapitel II. Zentrale Behörden	1793
Kapitel III. Rückgabe von Kindern	1795
Kapitel IV. Recht zum persönlichen Umgang	1821
Kapitel V. Allgemeine Bestimmungen	1823
Kapitel VI. Schlussbestimmungen	1829

Inhaltsverzeichnis

1050. Luxemburger Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (EuSorgeRÜ)	1831
Vorbemerkung	1831
Teil I. Zentrale Behörden	1831

IV. Autonomes Zivilverfahrensrecht

1060. Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts (Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz – IntFamRVG)	1835
Vorbemerkung	1835
Abschnitt 1. Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	1835
Abschnitt 2. Zentrale und nationale Behörde; Jugendamt	1836
Abschnitt 3. Gerichtliche Zuständigkeit und Zuständigkeitskonzentration	1840
Abschnitt 4. Allgemeine gerichtliche Verfahrensvorschriften	1841
Abschnitt 5. Zulassung der Zwangsvollstreckung, Anerkennungsfeststellung und Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses	1842
Abschnitt 6. Verfahren nach dem Haager Kindesentführungsübereinkommen	1842
Abschnitt 7. Vollstreckung	1847
Abschnitt 8. Grenzüberschreitende Unterbringung	1847
Abschnitt 9. Bescheinigung zu inländischen Entscheidungen nach Kapitel IV der Verordnung (EU) 2019/1111	1849
Abschnitt 10. Verfahren nach dem Europäischen Adoptionsübereinkommen	1849
Abschnitt 11. Kosten	1850
Abschnitt 12. Übergangsvorschriften	1850

V. Adoptionsachen

I. Einführung

1. EU-Recht	1851
2. Staatsverträge	1851
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	1852

II. Staatsverträge

1070. Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (HAdoptÜ)	1852
Vorbemerkung	1852
Kapitel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	1854
Kapitel II. Voraussetzungen internationaler Adoptionen	1855
Kapitel III. Zentrale Behörden und zugelassene Organisationen	1857
Kapitel IV. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen der internationalen Adoption	1858
Kapitel V. Anerkennung und Wirkungen der Adoption	1863
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1863
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	1863

III. Autonomes Zivilverfahrensrecht

1080. Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz – AdÜbAG)	1863
Vorbemerkung	1863
Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen, Zuständigkeiten und Verfahren	1864
Abschnitt 2. Internationale Adoptionsvermittlung im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten	1865

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 3. Bescheinigungen über das Zustandekommen oder die Umwandlung eines Annahmeverhältnisses	1867
Abschnitt 4. Zeitlicher Anwendungsbereich	1867
<i>1090. Gesetz über die Vermittlung und Begleitung der Adoption und über das Verbot der Vermittlung von Ersatzmüttern (Adoptionsvermittlungsgesetz – AdVermiG)</i>	<i>1868</i>
Erster Abschnitt. Adoptionsvermittlung und Begleitung	1868
Zweiter Abschnitt. Ersatzmutterschaft	1871
Dritter Abschnitt. Straf- und Bußgeldvorschriften	1871
Vierter Abschnitt. Übergangsvorschriften	1871

W. Betreuungssachen

I. Einführung

1. EU-Recht	1873
2. Staatsverträge	1873
3. Autonomes deutsches Zivilverfahrensrecht	1873

II. Staatsverträge

<i>1100. Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen (ErwSÜ) ...</i>	<i>1873</i>
Vorbemerkung	1873
Kapitel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	1874
Kapitel II. Zuständigkeit	1874
Kapitel III. Anzuwendendes Recht	1875
Kapitel IV. Anerkennung und Vollstreckung	1875
Kapitel V. Zusammenarbeit	1875
Kapitel VI. Allgemeine Bestimmungen	1880
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	1880

III. Autonomes Zivilverfahrensrecht

<i>1110. Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 13. Januar 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen (Erwachsenenschutzübereinkommens- Ausführungsgesetz- ErwSÜAG)</i>	<i>1881</i>
Abschnitt 1. Zentrale Behörde	1881

4. Teil.

Textanhang: Erwägungsgründe zu den kommentierten EU-Verordnungen

I.	1885
<i>1120. Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Brüssel IIb-VO)</i>	<i>1906</i>
Ia. Entsprechungstabelle Brüssel IIa-VO/Brüssel IIb-VO	1903
II.	1906
<i>1130. Verordnung (EU) Nr 1259/2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (Rom III-VO)</i>	<i>1906</i>
III.	1910
<i>1140. Verordnung (EG) Nr 4/2009 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUntVO)</i>	<i>1910</i>

Inhaltsverzeichnis

IV.	1916
1150. <i>Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands (EuGüVO)</i>	1916
V.	1925
1160. <i>Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften (EuPartVO)</i>	1925
VI.	1935
1170. <i>Verordnung (EU) Nr 606/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen (EUSchutzMVO)</i> ...	1935
Register	1941